

Hallo zusammen, ich grüße Sie alle im Saal und an den Bildschirmen.

Ich werde jetzt die Haushaltsanträge der Bunten Linken erläutern. Das ist in den wenigen Minuten nur im Grobüberblick möglich. Wenn Sie es wünschen, können wir Ihnen gerne eine etwas ausführlichere Version zur Verfügung stellen.

Unsere wichtigsten Ziele kennen Sie alle und sie werden von vielen hier im Raum geteilt. Unsere konkreten Anträge beziehen sich zu einem Großteil darauf, diese auch im Produkt- und Leistungsplan der Stadt dauerhaft zu verankern. Gemeinsam angehen müssen wir eine neue Priorisierung aller Ziele und Maßnahmen. Hier gehört zum Beispiel Klimaschutz an vielen Stellen auf Nr. 1, nicht wie in der gewachsenen Version teilweise sehr weit unten.

Wir möchten, dass der Klimawandel wirksamer bekämpft wird und dieses auch messbar ist. Wir haben dafür keine Millionaussgaben beantragt, halten allerdings eine erhebliche Stärkung des Eigenkapitals der Stadtwerke und evtl. auch der GGH für sinnvoll, damit notwendige Maßnahmen (z.B. Wärmewende, Verkehrswende, Fotovoltaik, Windkraft) schneller und in größerer Zahl verwirklicht werden können. Die dafür nötigen zig-Millionenbeträge bei Stadtwerken und anderen städtischen Betrieben und Gesellschaften haben wir nicht beantragt, das muss teilweise in den Aufsichtsräten passieren.

Es braucht aber Kennzahlen im Produkt- und Leistungsplan, anhand derer dann die Evaluation erfolgen kann. Viele gibt es schon, wir möchten noch einige ergänzen, so z.B. Co₂-Bilanzen, inkl. der grauen Energie, und auch Bilanz-Kennzahlen zu Biodiversitätsflächen. Die Spiegelung aller Tätigkeiten und Maßnahmen an Klimawirkung und Auswirkung auf die Sustainable development goals sollte in einer Stadt, deren Oberbürgermeister vor 4 Jahren schon den Klimanotstand ausgerufen hat und als Maßstab für das Stadtentwicklungskonzept die SDGs sehen möchte, eigentlich selbstverständlich sein. Uns fehlt aber immer noch die konkrete Priorisierung.

Die unserer Meinung nach wichtigste Maßnahme gegen die Wohnungsnot: „Grund und Boden in öffentlicher Hand“ braucht ebenfalls zig-Millionen, alle unsere diesbezüglichen

Anträge – z.B. gegen den Verkauf von Grundstücken und Immobilien - werden regelmäßig abgelehnt. Das konkrete Vorgehen zum Erreichen dieses Zieles muss ebenfalls intensiver im größeren Kreis – inkl. der großen privatwirtschaftlichen Akteure im Immobilienmarkt - diskutiert und festgelegt werden, Haushaltsanträge im Kommunalhaushalt sind von geringem Wert, wenn auf dem freien Markt nicht auch die grundsätzliche Ausrichtung geändert wird: **Hin zu Gemeinwohl, weg von der reinen Gewinnmaximierung.**

Wir möchten in Heidelberg über eine Politik des Ermöglichtens in der Verwaltung und der Finanzierung freier Träger verankern. Was wir über dem öffentlichen Haushalt und vor allem mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung da ändern könnten, haben wir beantragt: Eine grundsätzliche Umsteuerung bei der Arbeitsweise der Stadtverwaltung: Bürger mitwirken lassen auf allen Ebenen durch mehr und vertiefte Zusammenarbeit mit Engagierten (Benannte Beispiele neben vielem weiterhin denkbarem: Sanierung Wilhelmsplatz und Nutzung der Flächen Kurpfalzring 73, Betreuung des öffentlichen Raums (Bsp: Tauben- und Straßenkatzenpopulation dauerhaft senken gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch braucht es besser planbare Finanzierung über institutionelle Förderung für alle langlaufenden Projekte, die Pflichtaufgaben der Stadt abdecken (Unser Beispiel hierzu: Frauennotruf)

Das Kulturbudget ist ein wichtiger Posten in der Stadt, finanziell und auch in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Hier sollen unsere Haushaltsanträge dafür sorgen, dass KulturSCHAFFENDE gegenüber KulturKONSUMENTEN stärker gewichtet werden. Das bedeutet für uns: Keine Kulturhauptstadt Heidelberg, auch nicht in ferner Zukunft mit hochdotiertem Personal heute schon. Und in der Unesco City of Literature kann mit einer Reduzierung der geplanten fast einer halben Million städtischen Schulden für die Internationalen Literaturtage. Wenn man diese Schulden in der Gesamtsumme wirklich akzeptieren möchte - was OB Würzner offensichtlich zu tun bereit ist – ist mit Unterstützung der Aktiven sicher viel mehr zu erreichen und das Thema „Literatur“ viel breiter aufzustellen als mit einigen Tagen Festival im Jahr. Dafür mochten wir das Budget der Literaturtage auf das Niveau von 2019.

Wir sind von der Presse gefragt worden, ob wir die Neuverschuldung akzeptieren. Rückfrage: Was heißt akzeptieren? An welcher Stelle findet sich Einsparpotential in zig-Millionenhöhe? Das hätten wir im letzten und vorletzten Doppel-HH noch gekonnt durch Verzicht auf Großprojekten, wie ja immer wieder von uns beantragt. Jetzt werden schon mal 5,5Mio€ Betriebskosten jährlich für das neue Konferenzzentrum angekündigt, später vermutlich ähnliche Größenordnung für die Stadthalle. Die Betriebskosten für die Großsporthalle werden nicht im städtischen Kernhaushalt gar nicht erst abgebildet.

Die noch verbliebenen Investitionen sind praktisch alle unverzichtbar (Schulsanierung, Straßeninstandhaltung, öffentlicher Raum), da haben wir keinen Spielraum, wir müssten eher sehr viel mehr tun. Lediglich bei den noch nicht begonnenen Infrastrukturmaßnahmen können wir evtl. noch günstiger planen bzw. Verzicht üben (Bsp: Statt Gneisenaubrücke und fuß- und Radbrücke über den Neckar bei weniger Komfort und weniger Effizienz aber deutlich geringeren Kosten und dafür die Verbreiterung der Czernybrücke und der Ernst-Walz-Brücke für den Radverkehr).

Wir möchten, dass in Heidelberg die Schwachen unterstützt werden und die starken Schultern dafür belastet werden: Nicht mehr und nicht weniger wird durch eine Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbesteuer erreicht: Diese werden aus Gewinnen der Starken finanziert, es geht also kein Betrieb Pleite wegen Gewerbesteuer, nur die auszahlbaren Gewinne werden ein bisschen kleiner.

Im Vergleich zum OB-Entwurf bleibt mit unserem Antrag noch ein klein wenig Luft für Projekte in die richtige Richtung. Tatsächlich aber kann auch so die exorbitant steigende Schuldenlast nicht gebremst werden, die spätere Generationen irgendwann zurückführen müssen.

Wir vermuten, dass wir schon bald über einen Nachtragshaushalt diskutieren werden.

Der Gesamtüberblick über die Schuldenentwicklung ist erst möglich mit Einbeziehen aller städtischen Gesellschaften und Beteiligungen. Zur Verdeutlichung nochmal zum Beispiel Gneisenaubrücke. Die wird nicht im städtischen Kernhaushalt abgebildet ist. Wir wissen, sie wird teurer und teurer, eine Wegeföhrung für Radfahrer existiert bisher nur als Idee,

wenn die aber nicht kommt, hat auch die Gneisenaubrücke nur einen Bruchteil des vorgesehenen Nutzens. Dann könnte die zugehörige Verschuldung auch von vorne herein eingespart werden. Wir machen immer wieder die gleichen Fehler, wann lernen wir endlich, die Dinge zu Ende zu denken BEVOR das große Geld ausgegeben ist?

Doch jetzt erst mal Doppelhaushalt 2023/24. Ich bin gespannt auf die interfraktionellen Diskussionsrunden und wie das Ergebnis dann am Ende aussehen wird. Wir denken, dass unsere Anträge schon mal einen gelungenen Start bieten können und freuen uns auf eure Unterstützung dafür.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, vor allem denen, die in den letzten Wochen viel Arbeit mit uns hatten und in den nächsten Wochen noch haben werden.

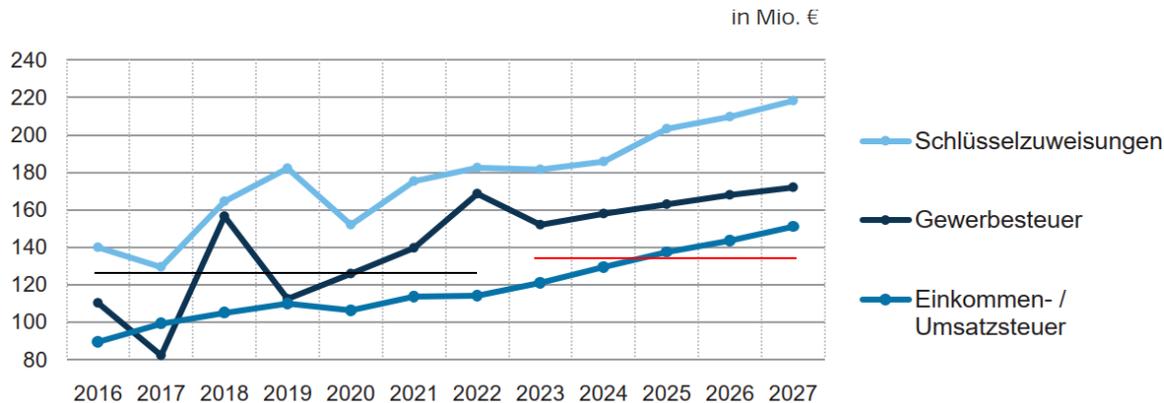
Erläuterungen zu Einzelthemen und Beispiele.

Schuldenentwicklung und Gewerbesteuer

Gesamtschulden: Schon mit dem Ergebnis Ende 2021 hatten wir im Landesvergleich unter Einbeziehen der Schulden der städtischen Gesellschaften die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung in BW, nachlesbar bei Landesamt für Statistik:

Jahr	EW	Schulden Stadt	Schulden Stadt inkl. Eigenbetriebe und gesellschaften	Schulden je EW	Gesamt-BW
2021	158.117	217,6 Mio€	948,0 Mio€	5.996 €	1.910 €
2020	159.134	226,0 Mio€	958,0 Mio€	6.020 €	1.777 €
2019	159.975	181,5 Mio€	890,3 Mio€	5.565 €	1.658 €
2018	160.196	188,9 Mio€	798,7 Mio€	4.986 €	1.615 €
2017	159.714	180,7 Mio€	779,3 Mio€	4.880 €	1.598 €

Gewerbesteuer: Der HH-Entwurf rechnet mit stark steigenden Gewerbesteuereinnahmen, deutlich höher als aus dem langjährigen Verlauf ablesbar. Und trotzdem werden die Schulden im Kernhaushalt in nur zwei Jahren auf das 1,5-fache ansteigen. Wenn die Einnahmen in der Zwischenzeit nicht - wie geplant - munter plätschern, wird es sehr eng. Sind die angesetzten Gewerbesteuereinnahmen aus der Rede des Kämmerers realistisch?



Wir würden sie lieber sehr konservativ auf den Durchschnitt der letzten 7 Jahre festlegen: 125 Mio€, das war auch im letzten HH-Plan in der mittelfristigen Finanzplanung ungefähr so vorgesehen. Bei einer angenommenen Steigerung aufgrund von Wachstum der Stadt um 10% wären das höchstens 136 Mio€ Gewerbesteuereinnahmen. **Für den Doppel-HH wären also ca. 40 Mio€ zu viel angesetzt! Sollen die auch nur ansatzweise aus der Gewerbesteuer kommen, muss der Hebesatz erhöht werden.** Wir beantragen, den Hebesatz um 20 Punkte raufzusetzen, das bringt 7 bis 8 Mio€ jährlich. Dieser Hebesatz ist im Vergleich mit anderen Städten und den Umfeldgemeinden vertretbar, siehe Tabelle mit dem Stand von Ende 2021, veröffentlicht vom statistischen Landesamt.

Weitere Gründe für die Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer: die kommenden hohen Ausgaben für das neue Konferenzzentrum (5,5 Mio€ jährlich) und die weiteren –noch nicht bezifferten Betriebskosten - für die Großprojekte SNP-Dome und die umgebaute Stadthalle. Mit dem damaligen Investitionsbeschluss zum Konferenzzentrum wurde versprochen, dass neben der Wissenschaft v.a. die ortsansässige Wirtschaft profitieren wird. Gewerbesteuer wird gezahlt aus Gewinnen, die ja ab nächstem Jahr mit dem Konferenzzentrum kräftig sprudeln sollten. Gewerbesteuer wird auf Gewinne erhoben, d.h. nur prosperierende Betriebe belastet werden. Ein höherer Hebesatz als in den Nachbargemeinden ist gerechtfertigt, denn die Stadt Heidelberg stellt ja auch den Betrieben und ihren Mitarbeiter*innen von Kulturangeboten bis zu Zoo und Schwimmbädern sowie neuem Konferenzzentrum und SNP-DOM mehr teure Einrichtungen zur Verfügung als diese. Eine Erhöhung um 20 Punkte entspricht das dem 2021-er Level in Schwetzingen, Hockenheim, Mosbach, Heilbronn, Reutlingen und Stuttgart, ist noch weniger als 2021 in Mannheim und Freiburg mit 430 und deutlich niedriger als Pforzheim mit 445 im Jahr 2021. Wir gewinnen damit ca. 15 Mio€ zur Schuldenbegrenzung oder für die weiter unten beschriebenen Anpassungen für die Heidelberger Trägerlandschaft im sozialen und kulturellen Bereich sowie bei Sport.

<https://www.statistik-bw.de/FinSteuern/Schulden/SC-GE-EB.jsp>
Stand 31.12.2021

Stadt	EW	Schulden Stadt	Schulden Stadt inkl. Eigenbetriebe und -gesellschaften	Schulden je EW	Hebesätze		
					Gewerbe	Grund A	Grund B
Gaiberg	2.412				330	305	330
Heddesheim	11.950				320	300	300
Ladenburg	12.279				360	340	340
Dossenheim	12.554				360	340	370
Eppelheim	12.435				380	380	380
Neckargemünd	13.506				360	320	400
Schriesheim	14.956				360	360	390
Walldorf	15.890				265	200	200
Schwetzingen	21.816				420	300	460
Hockenheim	21.837				420	370	420
Mosbach	23.432				420	370	440
Leimen	27.195				380	400	420
Sinsheim	36.323				395	360	390
Bruchsal	46.206				380	395	395
Baden-Baden	56.888				390	490	490
Konstanz	84.040	22,1 Mio€	181,0 Mio€	2.154 €	390	410	410
Tübingen	91.173	51,3 Mio€	261,0 Mio€	2.863 €	390	360	660
Esslingen	92.363	51,2 Mio€	248,7 Mio€	3.076 €	400	425	425
Ludwigsburg	92.988	22,7 Mio€	85,1 Mio€	915 €	395	445	445
Reutlingen	115.843	113,7 Mio€	443,0 Mio€	3.824 €	420	320	500
Pforzheim	125.798	102,1 Mio€	355,8 Mio€	3.003 €	445	440	550
Heilbronn	125.973	10,6 Mio€	292,8 Mio€	3.118 €	420	330	450
Ulm	126.507	91,9 Mio€	618,5 Mio€	4.889 €	360	325	430
Heidelberg	158.117	217,6 Mio€	948,0 Mio€	5.996 €	400	400	470
Freiburg	230.264	279,3 Mio€	882,1 Mio€	3.831 €	430	600	600
Karlsruhe	306.773	465,6 Mio€	1.452,5 Mio€	4.735 €	450	490	490
Mannheim	310.097	502,0 Mio€	2.293,4 Mio€	7.396 €	430	416	487
Stuttgart	625.834	400,9 Mio€	2.222,2 Mio€	2.314 €	420	520	520
Gesamt-BW	11.110.295	5.528,4 Mio€	21.216,0 Mio€	1.910 €			

Wichtigste Ziele: Klimawandel bekämpfen

Die Gesamtlage des Haushaltes verbietet es, große konsumtive Ausgabepositionen neu hinzuzufügen, zumal für die Bekämpfung des Klimawandels als einem der drängendsten Probleme unserer Zeit immer noch keine adäquaten Investitionen vorgesehen sind. Aber wenigstens die Vergleichbarkeit wollen wir fixieren: Wir beantragen wieder, wie schon beim letzten Haushalt, die Einführung von entsprechenden Kennzahlen, damit die Entwicklung – hoffentlich Verbesserung – auch deutlich ablesbar wird. Hier unsere erklärten Ziele, die so auch als Ziele Eingang in den Produkt- und Leistungsplan der Stadt finden sollen:

1. Dem Klimawandel entgegenwirken.
2. Erreichen der Sustainable Development Goals (SDG) systematisch anstreben.
3. Daseinsvorsorge für die Heidelbergerinnen und Heidelberger verbessern.

Konkret:

- Erstellung von CO₂-Bilanzen (inkl. Grauen Energie) für alle Investitionen, auch bei den städtischen Gesellschaften.
- Keine Umsetzung von Maßnahmen, die die CO₂-Emissionen erhöhen, wenn nicht gleichzeitig Kennwerte für wichtige SDGs deutlich verbessert werden.
- Kennzahlen ermitteln für Biotopvernetzung und Biodiversität und jährliche Steigerungsraten festlegen
- In m² nachvollziehbare Entsiegelung von Flächen

Ein noch konkreterer Antrag: **Bäume bleiben im Wald, der geplante Holzertrag wird auf den Wert von 2021 zurückgeführt.** Das bedeutet: Feuchtigkeit und Wasser bleiben im Wald, Schattenspender bleiben im Wald, die der Boden heizt sich weniger auf. Weniger Einschlag bedeutet weniger Rückarbeiten, bedeutet weniger Bodenverdichtung, bedeutet besser funktionierender Waldboden. **In der Summe: Ein kleiner Schritt weg von der WaldWIRTSCHAFT hin zum Wald als unverzichtbarer, wertvoller Baustein unserer Biosphäre**

Wichtigste Ziele: Politik des Ermöglichens, Bürger mitwirken lassen

Insgesamt möchten wir mit einigen unserer weiteren Anträge Beispiele aufzeigen, wie die Stadt Heidelberg sich hin zu einer wirklichen „Politik des Ermöglichens“ bewegen könnte und das in möglichst vielen verschiedenen Arbeitsbereichen. Wir möchten lieber Aktive finanzieren und fördern statt im Extremfall sogar ehemals ehrenamtlich betriebene Aufgabengebiete in städtische Ämter zu überführen und durch hochdotierte Mitarbeiter*innen übernehmen zu lassen.

KulturSCHAFFENDE gegenüber KulturKONSUMIERENDEN stärker gewichten.

Konkret heißt das:

1. Keine Bewerbung zur Kulturhauptstadt

Die vom OB ohne Gemeinderatsbeschluss getroffene Entscheidung zur Bewerbung Heidelbergs als Kulturhauptstadt – also viele KulturKONSUMENTEN anziehen - wird zurückgenommen. Erstens bindet das Thema für viel zu lange Zeit mit zweifelhaften Erfolgsaussichten erhebliche Finanzmittel, und zweitens kann das Geld für eine gleichdotierte Personalstelle in anderen Ämtern sinnvoller eingesetzt werden.

2. Das Budget der Internationalen Literaturtage wird auf den Stand 2019 zurückgeführt und vom Rest werden weitere Projekte ermöglicht.

Bei der Information über die Neuordnung der Literaturtage im letzten Jahr war von „Verschlanken“ die Rede und es wurden keine Kosten genannt. Daran war so also nichts auszusetzen. Jetzt im Haushaltsentwurf ist für die Literaturtage ein Defizit von ca. ½ Mio€ akzeptiert, weitere Transferleistungen zum Thema Literatur im HH-Entwurf nicht ausgewiesen. Das ist uns für nur wenige Tage KulturKONSUM viel zu viel und insgesamt an Engagement und Veranstaltungen in der **City Of Literature** Heidelberg viel zu wenig. Für dieses Jahr ist die Vorbereitung der Literaturtage gesetzt. Für nächstes Jahr möchten wir sie zurückführen auf den Status 2019: 180.000 €, (s. Anlage 03 zur Drucksache 0273/2018/BV) mit der 2,5%-Steigerung für institutionelle Förderung also 203.000 € mit der Erlaubnis auf die damalige Anzahl von Veranstaltungen zu reduzieren.

Der Rest der vom OB vorgesehenen Mittel für Literaturförderung soll bei Literatur bleiben, geht aber an die Engagierten des **Literaturherbstes** (ein Anteil aus 2024 wird vorgezogen auf 2023, damit die Organisation des Literaturherbst erleichtert wird), der **Arbeitsgemeinschaft „Weiterentwicklung Literaturstadt Heidelberg“** und den Verein **Literaturhaus e.V.**. Sie alle haben viel Erfahrung und gute Konzepte vorgelegt und sollen durch die Zuschüsse in die Lage versetzt werden, ihre Ideen und Ansätze erfolgversprechend umzusetzen, statt dass in der Verwaltung hochdotierte Stellen finanziert werden. Sie sollen mit Absprache untereinander Literaturerlebnisse für die gleiche Anzahl Besucherinnen und Besucher organisieren und außerdem ein Literaturbüro entsprechend des Konzeptes des Literaturhaus e.V. als ersten Schritt hin zu einem Literaturhaus einrichten. Ein Rest verbleibt im Kulturamt für sonstige Projekte im Bereich Literatur. **Damit werden die Literaturthemen für das gleiche Geld breiter aufgestellt und die Engagierten ermutigt statt frustriert.**

Bürgermitgestaltung im öffentlichen Raum

Das **Musterprojekt „Aktionsbündnis Schöner Willi“** in der Weststadt läuft seit mehr als zwei Jahren: Beteiligt sind praktisch **alle vor Ort tätigen Organisationen** von Kirchen über Stadtteilverein, Bezirksbeiräte diverser Parteien sowie die Organisatoren der großen Stadtteilfesten. Seit 2020 wurden hier ehrenamtlich intensive Vorarbeiten unter Nutzung verschiedenster beruflicher Kompetenzen und unter Einbindung der Anwohner und der Weststädter Öffentlichkeit geleistet. Beschäftigt hat man sich mit praktisch allem, was Plätze - speziell den Wilhelmsplatz - ausmacht und dabei auch die immer drängender werden Anforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel (vertrocknende große Bäume, Regenwasserrückhaltung, teilweise Entsiegelung, fehlende Verschattung...) berücksichtigt. Ein grobes Platzkonzept mit weiteren Anforderungsprofilen liegt vor und die Feinplanung unter Regie des Amtes für Stadtentwicklung soll auch zukünftig mit engmaschiger Einbindung der Nutzergruppen erfolgen. Damit können die bereits vor mehr als 20 Jahren im Stadtteilrahmenplan festgestellten Defizite des Wilhelmsplatzes in bezug auf seine Funktion als Stadtteilzentrum beseitigt werden und eine Ertüchtigung zum gut funktionierenden Veranstaltungsraum für regelmäßige, teilweise sehr große Veranstaltungen vorgenommen werden. Für die Instandsetzung des Wilhelmsplatzes wird ein Planungsbudget von 60 T€ im Doppel-HH zur Verfügung gestellt und für die Umsetzung eine VE von 1,2 Mio€. Im Produkt- und Leistungsplan wollen wir eine neue Maßnahme ergänzen:

Das Produkt 51.10 (Erarbeitung von räumlich-funktionalen Konzepten) erhält bei Ziel 4 (Konzepte zur Platz- und Straßenraumgestaltung) eine neue Maßnahme M13: Funktionale und klimaresiliente Platzerüchtigung unter Einbeziehung von Anwohnern und Nutzergruppen: Pilotprojekt Wilhelmsplatz.

Mit einem solchen Planungsprozess überwiegend mit amtsinternen Ressourcen (und soweit nötig externer Fachplanungsbüros) und vor allem mit aktiver Unterstützung durch die verschiedenen Nutzergruppen können gegenüber aufwendigen, teuren und langdauernden Mehrfachbeauftragungen oder Planungswettbewerben nach unserer Schätzung **5- bis 6-stellige Summen eingespart** werden, die wir hier aber nicht gegenrechnen. Außerdem wird alles schneller fertig. Die Übertragung des Verfahrens auf andere Stadtteile und Projekte wird von uns angestrebt, die Initiative hat angeboten, dabei ehrenamtlich zu helfen.

Wichtigste Ziele: Soziales Miteinander, Daseinsvorsorge, Subsidiaritätsprinzip

Wir sind der Meinung, dass im sozialen Bereich alle schon seit vielen Jahren laufenden, bewährten Projekte von freien Trägern komplett auf institutionelle Förderung umgestellt werden sollten. Schließlich übernehmen diese Partnerorganisationen häufig Pflichtaufgaben der Stadt, immer aber wichtige Aufgaben für Einzelne mit besonderen Bedürfnissen oder das Sozialgefüge stärkende Maßnahmen.

Beispiel Frauennotruf

Es sollen auch dort - wie bei anderen Trägern teilweise schon im Haushalt eingepreist - zusätzlich zur vorgeschlagenen Umstellung die geforderten Erhöhungen ermöglicht werden. Der Verein hat den zusätzlichen Bedarf für beide Arbeitsfelder, Beratung und Prävention, sehr gut begründet. Unser Haushaltsantrag lautet also auf eine **vollständig institutionelle Förderung des Frauennotrufs als Gesamtpaket für alle seine bisherigen Arbeitsbereiche** aus Beratung und Prävention und die dort erforderliche Aufstockung der Personaldecke. Damit sollen die Erhöhungen für die bisherigen Arbeitsfelder des Frauennotrufs im Jahr 2023 78.295€ und im Jahr 2024 83.205€ betragen.

Wir haben vor, mit anderen freien Trägern und ihren Projekten ebenso zu verfahren und das im weiteren Verlauf des Zwei-Jahres-Zeitraums zu thematisieren.

Ein Haushaltsantrag zur Gegenfinanzierung betrifft zurück geforderte Zuschussbeträge. Dieser Haushaltsposten „**Wiedereinstellung zurück gezahlter Beträge**“ soll uns daran erinnern, dass wir nachfragen, wie viele entsprechende Mittel in anderen Institutionen zurück gefordert wurden, die wir jetzt und in naher Zukunft am besten wieder in die gleichen Bereiche neu vergeben könnten. Das neu hinzukommende Aufgabengebiet „Betroffene Frauen mit Behinderungen“ im Frauennotruf zum Beispiel könnte damit im vorliegenden Doppelhaushalt zu einem erheblichen Teil finanziert werden. Wie viele andere Träger und Projekte hatte der Frauennotruf mit Nicht-besetzbarkeit von freigewordenen Stellen und den Ausfällen von geplanten Kursen zu kämpfen.

Wohnungsmarkt Heidelberg: Hin zu Gemeinwohl, weg von der Gewinnmaximierung

Wir brauchen einen Strategiewechsel in der Wohnungspolitik und dazu eine längerfristige Planung und erhebliche Anstrengungen auch bei Partnern der Stadt, neben der GGH auch bei privaten Akteuren im Wohnungsmarkt. Der kommunikative Austausch mit allen ist begonnen, messbare Ergebnisse und wirksame Maßnahmen und Projekte sehen haben wir leider noch nicht. Deshalb auch keine konkreten Haushaltsanträge.

Aber: Es ist nicht bei allen diesen Akteuren erkennbar, ob sie die Brisanz der Lage wirklich verinnerlicht haben. Bei fehlenden Wohnungen für die Mittelschicht bis weit in die untere Oberschicht erfolgt ein **Umbau der Stadtgesellschaft**, der mit fehlenden Verkäufer*innen, Handwerker*innen sowie pädagogischem Personal beginnt und bei fehlenden Pflege- und Reinigungskräften für die ambulanten und stationären Dienste noch lange nicht aufhört.

Die Folgen der Wohnungsnot von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen spüren schon seit einigen Jahren in zunehmendem Maße all diejenigen, die für sich selbst oder Familienangehörige Unterstützung suchen für Alltag und Pflege zuhause und keine finden. Dieses Pulverfass haben wir als Kommunalpolitik und Stadtgesellschaft in den nächsten Jahren genauso abzukühlen wie die aufgrund des Klimawandels immer heißer werdenden Straßen und Plätze.

Doch wir schauen noch alle gerne daran vorbei, bisher sind ja nur die Armen wirklich existenziell betroffen und die melden sich nicht laut genug...

Hier müssen wir bald gemeinsam nachbessern.